



Demonstration gegen Neonazis in Dresden 2011

HENDRIK SCHMIDT / DPA

SACHSEN

## Phantomjagd

Eine Studie zeigt, wie weit Rechtsradikalismus in Ostdeutschland verbreitet ist. Die sächsische Regierung aber geht lieber gegen einen anderen Feind vor: Linke.

Die Polizisten waren zu siebt und schauten nur zu. Sie hätten den Neonazis in Hoyerswerda in dieser Nacht einen Platzverweis erteilen können. Ihre Personalien aufnehmen. Sie auf die Wache bringen. Sie hätten das tun können, was die Politik regelmäßig verspricht, seit vor einem Jahr die Zwickauer Terrorbande „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) aufflog. Sie hätten hart durchgreifen können.

Als aber am Abend des 17. Oktober bei einem jungen Paar im sächsischen Hoyerswerda 15 Neonazis Sturm klingelten, die beiden bepöbelten, bedrohten und versuchten, die Wohnung zu stürmen, standen Polizeibeamte tatenlos daneben. Das Paar hatte in der Stadt rechte Auf-

kleber abgerissen und war dabei beobachtet worden; für die Neonazis Anlass genug, es zu überfallen – und für die Polizei, ihre Ohnmacht oder ihren Unwillen einzugestehen. Die Beamten rieten dem Paar: Zieht weg.

„Es ist einfacher, zwei Personen von einem Ort zu einem anderen sicheren Ort zu verbringen, als 30 Personen zu bewachen oder permanent fünf Funkstreifen vor ein Haus zu stellen“, erklärte Thomas Knaup, Sprecher der Polizeidirektion Oberlausitz/Niederschlesien, den Vorgang später im MDR.

Sachsen hat, wie alle ostdeutschen Bundesländer, seit langem ein Problem mit Rechtsradikalen: Die NPD sitzt seit 2004 im Landtag, fast 14 Jahre lang konnten die NSU-Terroristen sich hier verstecken. Es gibt Landstriche, in denen Neonazis praktisch die Kontrolle übernommen haben, in denen sie Andersdenkende und Migranten jagen und attackieren.

Vergangene Woche veröffentlichte die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Studie, nach der fast jeder sechste Ostdeutsche ein „geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild“ hat. Seit 2006 hat sich dieser Wert mehr als verdoppelt. In Westdeutschland sind es nur 7,3 Prozent, die so denken.

Die sächsische Regierung fühlt sich jedoch nicht angesprochen: Die Studie mache keinen Unterschied zwischen den ostdeutschen Ländern, sagt Innenminister Markus Ulbig (CDU). In Sachsen, glaubt er, gebe es weniger Rechtsradikale als anderswo. Ministerpräsident Stanislaw Tillich hält Teile der Studie für nicht repräsentativ. Überhaupt spricht man im Dresdner Kabinett selten von „Neonazis“ oder „Rechtsradikalen“, dafür umso häufiger von „Extremisten“. Und die gebe es halt rechts wie links.

Diese Art der Gleichsetzung ist unter konservativen Politikern in ganz Deutschland beliebt, in Sachsen aber ist sie zur Ideologie geronnen. Während Politik und Behörden den Rechtsradikalismus im Freistaat gern kleinreden, legen sie sich gegen linke Aktivisten mächtig ins Zeug, wie der Fall der sogenannten Antifa-Sportgruppe zeigt: Seit Mai 2010 ermittelt das Landeskriminalamt (LKA) mit erheblichem Aufwand gegen die vermeintliche Vereinigung, die in Sachsen angeblich Jagd auf Neonazis macht. Tatsächlich ist es 2009 und 2010 in Dresden wiederholt zu gewaltsamen Angriffen auf Neonazis gekommen. Strittig ist aber, ob es sich dabei um die Taten Einzelner gehandelt hat – oder, wovon die Polizei seitdem ausgeht, um eine organisierte Gruppe.

Mittlerweile hat das LKA ein Dutzend Wohnungen durchsucht, ein Begegnungszentrum gestürmt, etliche Personen zu DNA-Tests genötigt. Als am 19. Februar 2011 Tausende Bürger in Dresden gegen einen Neonazi-Aufmarsch demonstrierten, spionierte die Polizei über 200 000 Telefone aus. Ministerpräsident Tillich verteidigte die Aktion, und sein Innenminister sprach zum ersten Mal öffentlich davon, dass die sächsischen Behörden auf der Suche nach einer militanten Antifa-Gruppe sei.

Das LKA beschuldigt 22 Personen, Mitglied dieser Vereinigung zu sein. Unklar war lange, auf welchen Erkenntnissen diese Einschätzung beruhte. Die Betroffenen mussten sich Einsicht in die Akten erst vor Gericht erstreiten. Nach Studium dieser Akten lässt sich nun erstmals genau nachvollziehen, woher das Phantom „Antifa-Sportgruppe“ kommt.

Demnach behauptete der sächsische Neonazi Toni Beger Ende 2009 gegenüber der Polizei, dass sich im Dresdner Fitnessstudio Volfitt radikale Linke trafen, die Antifa-Sportgruppe. Einige Monate später leitete die Staatsanwaltschaft ein Verfahren nach Paragraph 129 ein – auf dessen Grundlage ansonsten gegen die Organisierte Kriminalität oder Rechtsextreme wie die „Skinheads Sächsische Schweiz“ ermittelt wurde.

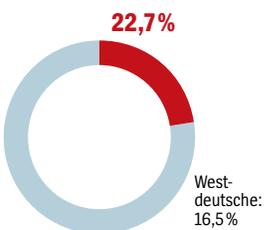
Eine lange Reihe von Straftaten wird der Antifa-Sportgruppe zugeschrieben: Angriffe auf Polizisten, eine Schlägerei vor einer Discothek, Brandstiftung. Der

### Rechtes Denken Zustimmung zu folgenden Aussagen

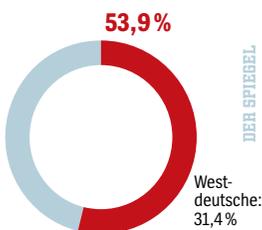
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform“



„Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen“



„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen“



DER SPIEGEL

Quelle: Friedrich-Ebert-Stiftung/USUMA; Umfrage Sommer 2012; 2415 Befragte

Zusammenhang zwischen den einzelnen Taten ist schwach und wirkt häufig konstruiert. Ein überzeugender Beweis für die Existenz der Gruppe findet sich in den mehrere hundert Seiten starken Ermittlungsakten nicht.

Klar wird aus dem Konvolut, dass es in Dresden eine militante linke Szene mit Protagonisten gibt, die Gewalt anwenden. Es ist ein Phänomen, mit dem viele deutsche Großstädte zu kämpfen haben. In Sachsen jedoch meinen die Beamten, es mit einer straff geführten Verbrecherorganisation zu tun zu haben, einer Art linken Mafia. Immer neue Beschuldigte ziehen die Ermittler in das Verfahren hinein: Dazu genügt es, gegen einen Nazi-Aufmarsch zu protestieren oder Trainer im falschen Studio zu sein – wie der Fall Andre B. dokumentiert.

Im April 2012 holten Polizisten B. an seinem Arbeitsplatz in einer Dresdner Immobilienfirma ab. „Sie haben mich vor den Kollegen abgeführt wie einen Kriminellen“, erzählt der 28-Jährige. Er musste Fingerabdrücke und eine DNA-Probe abgeben. Andre B. wurde nicht bei einer Schlägerei gesehen oder bei einer anderen Straftat ertappt. Verdächtig macht ihn in den Augen der Polizei, dass er als Trainer im Vollfit tätig war – jenem Studio, das nach Aussage des Neonazis Beger der Antifa-Sportgruppe als Trainingsraum diente. Bis heute reichte es bei keinem der 22 Beschuldigten für eine Anklage, auch bei Andre B. nicht.

Der Jenaer Pastor Lothar König, ein bekennender Linker, bezeichnete vor einem Jahr im SPIEGEL (31/2011) die Ermittlungen der Polizei als „SED-Methoden“ – auch er war der Antifa-Sportgruppe zugeordnet worden. Neun Tage nachdem der Artikel erschienen war, durchsuchte die sächsische Polizei seine Wohnung in Jena, Thüringen. König sieht darin einen „Racheakt für die kritische Berichterstattung“.

Aus den Akten ergibt sich jetzt, warum das sächsische LKA Pastor König damals mit der angeblichen Gruppe in Verbindung brachte: Er habe sein Telefon und seinen VW-Bus zur Vorbereitung eines „Anschlags“ zur Verfügung gestellt, mutmaßten die Beamten. Ihr Beleg: Königs Tochter Katharina, Abgeordnete für Die Linke im Thüringer Landtag, hatte vom Telefon ihres Vaters aus einen der Beschuldigten in Dresden angerufen. Außerdem war sie mit dem Bus ihres Vaters nach Dresden gefahren, um dort mit anderen Aktivisten eine Demonstration auf dem Heidefriedhof vorzubereiten.

Katharina König habe dort die Umgebung begutachtet, notierten die Beamten – und schlossen daraus, die Landtagsabgeordnete habe wohl einen Anschlag geplant. „Dieses Verfahren“, sagt Pastor König, „ist durch Unfähigkeit alleine nicht mehr zu erklären.“

MAXIMILIAN POPP